

andauern und selbst dann nicht durch deutsche Instanzen beigelegt werden, wenn es das öffentliche Interesse dringend erfordert, wenn beispielsweise die Wasserversorgung bestreikt und der erste Typhustote eingesargt wird.

Denn das alliierte Gesetz sieht für die Schlichtung nur die drei Möglichkeiten vor:

- Einigung der Sozialpartner durch ein im Tarif festgelegtes Schlichtungsver-

Mecklenburg geschlichtet. hatte, war in Hamburg so populär, daß er als Dauervorsitzender an erster Stelle der Liste stehen blieb.

Drohte in der Hansestadt ein Lohnkonflikt auszubrechen, dann hieß es im Rathaus nur: „Opa Stenzel schlichtet alles.“ So kam es, daß Dr. Stenzel sich beim Streik des Adolph Kummernuß schon im Vorstadium als „Vermittler“ einschaltete, obwohl er bei der Arbeitsbehörde offiziell auf der Vor-

nur 257 durch staatliche Verbindlichkeits-erklärung entschieden zu werden. Trotzdem ist das Argument vom gehemmten Einigungswillen unter den Sozialpartnern heute noch so aktuell wie vor drei Jahrzehnten. Gewerkschaften wie auch Arbeitgeber erklären sich gegen das Verbindlichkeitsprinzip.

Im Januar 1950 trafen sie sich in Hattenheim, um über diese Fragen eine Einigung herbeizuführen. Sie beschlossen dort, in Zukunft „selbstverantwortlich durch eigene Schlichtungsausschüsse und nicht durch staatliche Instanzen Streitigkeiten über Lohn- und Arbeitsbedingungen beizulegen und Kampfmaßnahmen zu unterlassen, so lange nicht alle Möglichkeiten zur Beilegung der Streitigkeit im Rahmen des frei vereinbarten Schlichtungsverfahrens erschöpft sind“.

Im Hamburger Parade-Streik der ÖTV war von den Hattenheimer Beschlüssen nie die Rede.

SEKTE

Tempel in der Main-Ebene

In der Turnhalle zu Eschborn, einer 3000 Seelen-Gemeinde bei Frankfurt am Main, standen am vorletzten Sonntag Tausende gläubiger Protestanten und Katholiken von den Bänken auf, sangen „Ach, bleib mit deiner Gnade“, beteten das Vaterunser und hoben ihre Hände zum feierlichen Protest gegen den Tempel, den die „Weltreligionsgemeinschaft Bah'i“ für rund fünf Millionen Mark auf der bei Eschborn gelegenen Steinbacher Höhe errichten will.

Aus dem nahen Diedenbergen war der evangelische Dekan des Dekanats Kronberg, Alfred Nixdorf, gekommen, um gegen den Plan, Eschborn zum europäischen Missionszentrum der „Bah'i“-Gemeinschaft zu machen, zu Felde zu ziehen. Er sprach von einer Herausforderung der gesamten Christenheit: „Schon immer griff Asien nach dem Abendland. Tolerant sein heißt nicht schweigen. Und man kann nicht schweigen zu den heidnischen Thesen dieser Weltreligion, die Christus als Religionsstifter auf eine Stufe mit Mohammed, Buddah und Moses stellt.“

Der Eschborner Tempelplan war dem SPD-Bürgermeister Eschborns, Heinrich Graf, Anfang März vom Sekretariat des „Nationalen Geistigen Rates der Bah'i in Deutschland und Österreich“ zu Frankfurt am Main brieflich angekündigt worden.

Rund vierzig Meter hoch solle dieser erste europäische Tempel werden, verrieten die „Bah'i“-Vertreter dem Bürgermeister bald darauf. Er solle neun Portale und eine Kuppel haben, und für alles andere werde noch ein Architekten-Wettbewerb ausgeschrieben. Wenn der Tempel erst stehe, werde sich ein Strom von Pilgern und Touristen nach Eschborn ergießen.

Heinrich Graf wußte zwar nichts von „Bah'i“, aber das mit den Pilgern leuchtete ihm ein. Schließlich legten ihm Frankfurts „Bah'i“-Leute auch noch eine „Denkschrift für den Weltfrieden“ auf den Tisch. „Die Bah'i-Religion“, las Graf darin nach, „ist weder ein weiteres religiöses System noch eine Sekte. Sie steht keinem anderen Bekenntnis ablehnend, geschweige denn feindlich gegenüber. Sie bedeutet vielmehr eine neue Darlegung der ewigen Wahrheit, die in allen Religionen der Vergangenheit beschlossen ist...“

„Sie stellt auch keine Verdrängung der bisherigen Religionen dar. In ihr finden vielmehr alle großen Religionen ihre Erfüllung und Vollendung und werden dadurch zur großen Einheit geführt.“

Das könne schließlich nichts Verdammenswertes sein, dachte sich Bürgermeister Heinrich Graf, und als er noch die Unterstützung von zwei seiner drei Gemeinde-



SPIEGEL

WISSEN SIE, WER FRITZ BERG IST

hatte das Bielefelder Emnid-Institut für Meinungsforschung einen repräsentativen Querschnitt der westdeutschen Bevölkerung gefragt. Nur 7 Prozent aller Befragten wußten: Er ist der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Bergs Gegenspieler, der DGB-Vorsitzende Walter Freitag, war immerhin 33 Prozent der Befragten bekannt. Filmschauspieler Dieter Borsche erwies sich als der bekannteste Mann aus dem von Emnid aufgestellten Katalog, seine Popularität sank allerdings mit steigendem Alter der Befragten ab. Ebenso rutschte Fußball-Kapitän Fritz Walter, bei der Gesamtheit der befragten Männer auf dem zweiten Platz, mit höherem Lebensalter der Befragten ab. Bemerkenswert ist, daß der Schriftsteller Thomas Mann, der Dirigent Wilhelm Furtwängler und der Physiker Albert Einstein nicht nur bei Abiturienten und Studierenden bekannter waren als Fritz Berg und Walter Freitag. Amerikas Außenminister John Foster Dulles wurde von allen Gruppen der Befragten mit mittleren Werten notiert.

fahren (in dem Tarifvertrag der Hamburger Versorgungswerke war ein solches Verfahren nicht vorgesehen),

- Einigung durch einen von der Landesarbeitsbehörde vorgeschlagenen Vermittler,
- freiwillige Unterwerfung unter den Spruch des Schiedsausschusses.

Für solche Schiedsausschüsse halten die westdeutschen Landesarbeitsbehörden Listen mit den Namen geeigneter Vermittlerpersonen bereit, „die anerkannt demokratische Grundsätze“ haben. Nach dem Gesetz werden diese Listen normalerweise für die Dauer von drei Jahren aufgestellt. Der 76jährige Dr. Georg Stenzel aber, der schon von 1917 bis 1933 viele Lohnstreitigkeiten in Hamburg, Schleswig-Holstein und

sitzerliste steht. Als Stenzel nichts erreichen konnte, wurde er Schiedsgerichtsvorsitzender in gleicher Sache. Bürgermeister Dr. Sieveking verhinderte dann, daß Dr. Stenzel noch ein zweites Mal als Vorsitzender fungierte. Immerhin rutschte der routinierte Schlichter noch auf den Platz des zweiten Stellvertreters im Ruscheweyh-Ausschuß.

Wie die meisten Schlichtungsexperten tritt auch Dr. Stenzel dafür ein, daß in das neue deutsche Schlichtungsgesetz, an dem in Bonn seit Jahr und Tag herumgedoktert wird, wieder eine Möglichkeit zur Verbindlichkeitsklärung durch den Staat eingebaut wird.

In der Weimarer Zeit sind relativ wenige Streitigkeiten durch ein Machtwort des Staates beendet worden. Von den 4653 im Jahre 1926 den Schlichtungsausschüssen vorgelegten Fällen brauchten



Asiatische Götter in Eschborn
Für Fremdenverkehr: **Bürgermeister Graf**

räte fand, gab er dem „Bah'i“-Vorhaben seine gemeindeamtliche Zustimmung.

Nun galt es zunächst, einen geeigneten Baugrund für den Tempel zu finden. Ehe dieses Problem noch gelöst war, hörte in des Eschborns evangelischer Pfarrer, Adolf Paul, von dem ungewöhnlichen Projekt. Für den 10. Juni berief er seinen Kirchenvorstand ein. Und noch am selben Tage schickte der evangelische Kirchenvorstand von Eschborn eine geharnischte Protestresolution an die Gemeindevertretung:

Es sei der Stolz und die Ehre des Dorfes Eschborn, daß in seiner Mitte eine der ersten christlichen Kirchen Deutschlands errichtet worden sei, die in heidnischer Zeit Missionsmittelpunkt für das umliegende Land war: „Der Kirchenvorstand empfindet es als einen Schlag gegen Stolz und Tradition des Dorfes, wenn dasselbe Eschborn durch den Bau des ‚Bah'i‘-Tempels nun in unserer Zeit der Missionsmittelpunkt einer im Raume des Mohammedanismus geborenen fremden Religion werden sollte.“

Beschwörend setzte der Kirchenvorstand hinzu: „Es ist für uns undenkbar, daß Glieder der christlichen Gemeinde auch nur einen Meter Ackerland zum Bau dieses Tempels an eine Religionsgemeinschaft verkaufen, die Christus entthront...“ Freiwillige Landhergabe für diesen Zweck nannte der Kirchenvorstand „Verrat des christlichen Glaubens und der christlichen Gemeinde Eschborn“.

Doch Pfarrer Pauls Appell vermochte nichts mehr zu retten. Die in fast allen Ländern missionierende Weltorganisation der „Bah'i“ verfügt über ein Vermögen von rund 50 Millionen Mark. Aus diesem vom „Hüteramt“ in Haifa verwalteten Fonds soll auch der Eschborner Tempelbau finanziert werden. Und aus dieser Fülle schöpfen die Landmakler, als sie den beiden Eschborner Bauern, deren Äcker die „Bah'i“-Vertreter für den Tempelbau auserkennen hatten, für den Quadratmeter Boden statt der üblichen 1 Mark bis 1,50 Mark plötzlich 3 Mark boten. Die beiden

Bauern waren getaufte, konfirmierte und getraute evangelische Christen.

Noch einmal packte Pfarrer Paul seine Gemeindeglieder bei ihrem Gewissen. „Sollte der Tempelbau durch die Willfährigkeit der evangelischen Christen, gegen hohe Preise das Land zu verkaufen, zustandekommen“, ließ er auf einem Flugblatt wissen, „dann hätte die alte evangelische Gemeinde Eschborn in den Augen der christlichen Gemeinden weit und breit ihre Ehre und ihren Namen verloren. Man würde auf Eschborn schauen und an Judas denken, der den Herrn gegen 30 Silberlinge verriet.“

Sogar der katholische Kirchenvorstand von Niederhöchst-Eschborn ließ seinen Brief, der dem Bürgermeister Graf zugehört war, an Eschborns evangelisches Gemeindehaus schlagen: „Die Errichtung des ‚Bah'i‘-Tempels ist und bleibt ein Verrat an der abendländischen Kultur. Eschborn mag vielleicht berühmt werden, aber dieser Ruhm gereicht ihm nicht zur Ehre.“

Bürgermeister Heinrich Graf aber ließ sich nicht bekehren. Er beharrte darauf, daß die örtliche Industrie, der Handel und der Fremdenverkehr von dem Tempelbau nur profitieren könnten. Dabei pochte er auf das Grundgesetz, das jedem „die ungehinderte Entfaltung der Religionsfreiheit garantiert“.

So kam es, daß die beiden evangelischen Eschborner Bauern, von Bürgermeister Graf ermutigt, sich mit den „Bah'i“-Maklern über den Verkauf von 18 000 Quadratmetern einigten. Einer der beiden Bauern verband den Abschluß des Geschäfts gleich mit seinem Austritt aus der Kirche.

Auch die Protestversammlung in Eschborns Turnhalle am vorletzten Sonntag vermochte einstweilen nichts mehr daran zu ändern, daß sich die „Weltreligion Bah'i“ nun auf der die Mainebene beherrschenden Steinbacher Höhe bei Eschborn einen Tempel bauen kann, so wie sie auch in der persischen Hauptstadt Teheran einen errichten will.

Neben einem enteigneten Tempel in Südrußland gibt es derzeit nur noch den für 1,5 Millionen Dollar erbauten Muttertempel der „Bah'i“ in Wilmette bei Chicago (USA), bei dessen Einweihung die Gläubigen zum ersten und bisher einzigen Male ein Bild ihres Religionsstifters Mirza Hussein 'Ali Baha Alla, genannt Baha Alla („Die Herrlichkeit Gottes“), zu sehen bekamen. Baha Alla, ein Edelmann aus Nur in der persischen Provinz Mazindaran, erklärte im April 1863 in Bagdad, daß er Eine sei, dessen Kommen schon vorausgesagt sei, „der Erwählte Gottes, der Verheißene aller Propheten, der von den Anhängern aller Religionen sehnlich Erwartete“.

Aus dem Gefängnis heraus, in das ihn die „Mächte der Engstirnigkeit und des Fanatismus“ gesteckt hatten, verkündigte er damals seine Botschaft: Daß „religiöse Wahrheit nicht absolut, sondern relativ ist, daß Gottes Offenbarung ein fortdauerndes und fortschreitendes Geschehnis ist, daß alle großen Religionen der Welt göttlich in ihrem Ursprung sind, daß ihre Grundsätze zueinander in völligem Einklang stehen, daß ihre Ziele und Absichten ein und dieselben sind, daß ihre Lehren nur Widerspiegelungen der einen Wahrheit sind, daß ihr Wirken sich ergänzt, daß sie sich nur in unwesentlichen Teilen ihrer Lehren unterscheiden und daß ihre Sendungen aufeinanderfolgende geistige Entwicklungsstufen der Menschheit darstellen“.

Mit ihren zwölf Grundsätzen tritt die „Bah'i“-Religion unter anderem für die Einführung einer Welteinheitssprache und Einheitsschrift, für einen Weltschiedsgerichtshof, für die Gleichberechtigung der Geschlechter und für die Beseitigung der

Vorurteile und die Verwirklichung des Weltfriedens ein.

Mehr als drei Millionen Anhänger dieser Religion gibt es heute auf der Welt. Aus Deutschland werden allerdings die wenigsten davon gen Eschborn zum Europa-Tempel pilgern. In der Bundesrepublik sind in 24 Gemeinden erst ganze 650 Mitglieder registriert.

ATTENTAT

Geschoß und Hülse fehlen

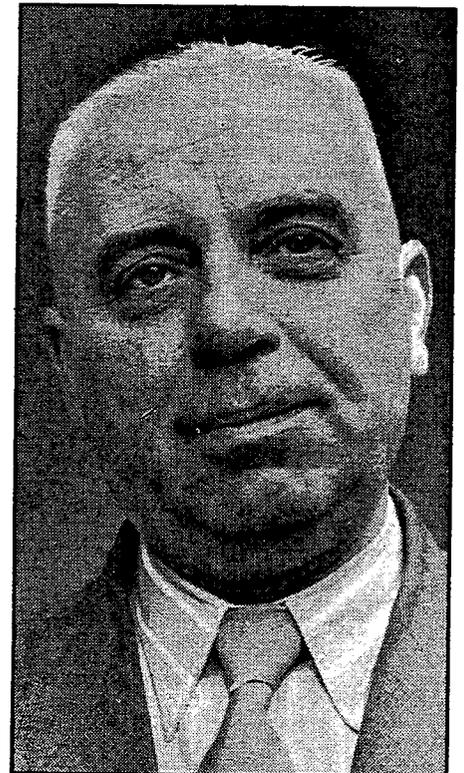
Zum erstenmal ging bei der Westberliner Staatsanwaltschaft dieser Tage eine Strafanzeige ein, in der sich jemand formell selber bezichtigte, falsche Angaben über ein kommunistisches Attentat gemacht zu haben. Selbstanzeiger war Willi Besener, 60, der vom Januar 1946 bis zum Januar 1949 als Generaldirektor der Reichsbahn* der Sowjetzone zu den Nachkriegsgrößen Berlins zählte, dann allerdings vom Sowjet-Transportgeneral Kwaschnin in Ungnade entlassen wurde.

Mit seiner Selbstanzeige will Besener ein Ermittlungsverfahren in Gang bringen, in dem er dann Zweifel an seiner Darstellung eines Attentats auf ihn selbst mit dem Beweis entkräften möchte, daß er doch die Wahrheit gesagt hat.

Die zweifelhafte Geschichte begann vor zwei Wochen mit einem Schuß mittleren Kalibers.

Wie allabendlich will der Ex-Eisenbahner am letzten Juli-Samstag vor sein Haus im Berliner Westsektor getreten sein, um vor dem Zubettgehen noch einmal frische Luft zu schöpfen. Da es ein trüber Abend war, knipste er die Lampe an, die über seiner Haustüre eine kleine zum Garten hinunter-

* Während im Bundesgebiet auf Weisung der Westmächte der Name der staatseigenen Eisenbahnen wie der Name der anderen großen staatlichen Regie-Betriebe politisch entschärft wurde, wurde in der Sowjetzone die Bezeichnung „Deutsche Reichsbahn“ beibehalten, die „Reichspost“ dagegen in „Deutsche Post“ umgetauft.



Eisenbahndirektor a. D. **Besener**
Mordanschlag mit Kleinkaliber